

Titel: Positionspapier von Faire Märkte Schweiz
Thema: Tag der Nahrungsmittelindustrie vom 19. August 2026
Adressatenkreis: fial - Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien

Tag der Nahrungsmittelindustrie: Wettbewerbsverzerrungen verdienen mehr Aufmerksamkeit - die grössten Absatzhemmnisse liegen oft im Markt selbst

1. Ausgangslage

Der **Tag der Nahrungsmittelindustrie** vom 19. August 2026 steht unter dem Titel «*Wenn der Markt wächst, aber nicht der Absatz – Nachfrage nutzen, Hürden abbauen, Zukunft sichern.*» Im Zentrum der Veranstaltung steht die Frage, weshalb die Schweizer Nahrungsmittelindustrie trotz wachsender Nachfrage nur begrenzt vom Marktwachstum profitieren kann. Gemäss Programm werden insbesondere politische Rahmenbedingungen, Zollasymmetrien sowie regulatorische Vorgaben – beispielsweise im Bereich der Bauvorschriften – thematisiert.

Zollasymmetrien sowie bau- und planungsrechtliche Vorgaben können für einzelne Unternehmen erhebliche Hindernisse darstellen. Ihre Auswirkungen sind jedoch je nach Marktstufe, Marktstellung und Geschäftsmodell unterschiedlich: Während sie einzelnen Betrieben den Marktzugang erschweren, können andere Akteure von den bestehenden Strukturen profitieren. Die Diskussion darf deshalb nicht bei regulatorischen und aussenwirtschaftlichen Hürden stehen bleiben, sondern muss ebenso untersuchen, wie die Wettbewerbsbedingungen im Schweizer Binnenmarkt den Zugang zu Absatzkanälen und wirtschaftlichen Alternativen beeinflussen.

Als unabhängige Transparenz- und Expertenorganisation beobachtet Faire Märkte Schweiz (FMS), wie strukturelle Wettbewerbsasymmetrien und die zunehmende Konzentration entlang der Wertschöpfungsketten die Verhandlungsmacht zugunsten weniger marktmächtiger Unternehmen verschieben und viele Verarbeitungsbetriebe unter erheblichen wirtschaftlichen Druck setzen. Die nachfolgenden Ausführungen beruhen auf Marktanalysen, Hinweisen betroffener Unternehmen sowie den Arbeiten von FMS zu den wettbewerbsrechtlichen und politischen Rahmenbedingungen in der Schweiz und der Europäischen Union.

2. Zentrale Botschaft

Die Schweizer Nahrungsmittelindustrie steht heute nicht nur vor Herausforderungen aufgrund von Zöllen, Regulierung oder steigenden Produktionskosten. Ebenso entscheidend sind die Wettbewerbsbedingungen innerhalb der Lebensmittelwertschöpfungsketten im Inland.

Die zunehmende Konzentration im Detailhandel, in der Belieferung der Gastronomie sowie auf verschiedenen Beschaffungsmärkten, die in wichtigen Bereichen von Konzernen dominiert werden, führt

zu einer erheblichen Verschiebung der Verhandlungsmacht. Viele Verarbeitungsbetriebe verfügen kaum mehr über ausreichende Ausweichmöglichkeiten und sehen sich mit Preis- und Vertragsbedingungen konfrontiert, die ihren Marktzugang zunehmend beeinträchtigen.

Soll die Schweizer Nahrungsmittelindustrie das vorhandene Marktwachstum besser nutzen können, braucht es deshalb nicht nur geeignete wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, sondern auch einen wirksamen Schutz funktionierenden Wettbewerbs. Wettbewerbsasymmetrien und der Missbrauch wirtschaftlicher Abhängigkeiten müssen stärker in den Fokus von Verbänden, Politik und Behörden rücken.

Zusammengefasst halten wir fest: Die Schweizer Nahrungsmittelindustrie leidet nicht primär unter fehlender Nachfrage, sondern unter ungleichen Wettbewerbsbedingungen entlang der Wertschöpfungskette. Höhere Zölle allein lösen diese strukturellen Probleme im Binnenmarkt nicht. Die Konzentration der Diskussion auf den Grenzschutz darf insbesondere nicht davon ablenken, dass zunehmende Marktkonzentration, vertikale Integration und fehlende Ausweichmöglichkeiten die Absatzchancen unabhängiger Produzenten und Verarbeitungsbetriebe beeinträchtigen. Ohne wirksamen Wettbewerb besteht vielmehr die Gefahr, dass zusätzliche Schutzmassnahmen vor allem bereits marktmächtige Akteure begünstigen.

3. Wettbewerbsasymmetrien in den Lebensmittelketten

Zunehmende Marktungleichgewichte erschweren vielen Herstellern den Zugang zum Markt und schwächt ihre Verhandlungsposition gegenüber den grossen Absatzkanälen. Viele sehen sich häufig gezwungen, Preise und Lieferbedingungen zu akzeptieren, auf die sie nur begrenzten Einfluss haben. FMS erhält wiederholt Hinweise auf Geschäftspraktiken, die aus Sicht der betroffenen Unternehmen wettbewerbsrechtlich problematisch sein könnten. Dazu gehören unter anderem Diskriminierungen von Handelspartnern, die Durchsetzung unangemessener Preise oder Vertragsbedingungen sowie die Überwälzung unternehmerischer Risiken auf Lieferanten. Betroffen sind nicht nur Gewerbe-, sondern auch Industriebetriebe.

Folgende Beispiele verdeutlichen die Situation:

- Bereich Mehl, Brot- und Backwaren:** Preisaggressive Angebote im Handel und zunehmende Importe erhöhen den Druck auf die inländischen Anbieter. Im Brotgetreidebereich wird das Marktungleichgewicht durch vertikal integrierte Strukturen verstärkt: Bedeutende Detailhändler verfügen über eigene Verarbeitungsbetriebe oder sind eng mit Grossmühlen verbunden. Unabhängige Mühlen stehen damit wenigen starken Absatzkanälen gegenüber und verfügen nur über begrenzte Ausweichmöglichkeiten. Auch Berichte, wonach bestehende Bäckereien selbst leer stehende Verkaufsfilialen nicht mehr übernehmen wollen, weisen auf fehlende wirtschaftlich tragfähige Alternativen hin.

Fazit: Der vom Handel ausgehende Preisdruck ist inzwischen bis zur landwirtschaftlichen Produktion vorgedrungen. Dies zeigt sich insbesondere in den vor der Ernte gesenkten Richtpreisen. Besonders exponiert sind gewerbliche und unabhängige Mühlen, die weniger am Importgeschäft partizipieren, nur beschränkten Zugang zu den massgeblichen Absatzkanälen haben und sich mit Preisen der vertikal integrierten Grossmühlen konfrontiert sehen, die aus ihrer Sicht teilweise nicht kostendeckend beziehungsweise

missbräuchlich tief sind. FMS hat die entsprechenden Praktiken deshalb bei der WEKO angezeigt.

- **Bereich Obst und Gemüse:** In unseren Recherchen konnten wir deutlich machen, dass mit Tatbeständen wie Tiefstpreise, Verkauf unter Einstandspreisen, Quersubventionierungen, nicht abgegoltene Zusatzanforderungen, aggressive Ausschreibungen über Plattformen oder andere unangemessene Geschäftsbedingungen (z.B. Gebindekosten) relevante Missbrauchstatbestände vorliegen.

Fazit: Da Ausweichmöglichkeiten bei Frischprodukten auch für die Verarbeitungsindustrie/-gewerbe praktisch inexistent sind oder nicht mit zumutbaren Mitteln erschlossen werden können, sind die Betriebe noch stärker vom Handel abhängig. FMS hat deshalb die vorliegenden Missbrauchstatbestände mit einer Anzeige bei den Wettbewerbsbehörden deponiert.

- **Bereich Milch/Milchprodukte:** Die derzeitige Tiefstände bei den Produzentenpreisen lässt sich kurzfristig weitgehend auf einen Überhang auf der Angebotsseite zurückführen. Trotzdem stellen wir die mittelfristige Preissituation und den Preisbildungsmechanismus (Richtpreise) der Branchenorganisation BOM grundsätzlich in Frage - wie auch in anderen Branchenorganisationen. Obwohl in den Vorständen und zuständigen Kommissionen alle Akteursgruppen vertreten sind, verschiebt sich aufgrund zunehmender Konzentration entlang der Wertschöpfungsketten (X-Struktur) die Verhandlungsmacht in den Branchenorganisationen immer mehr auf die Seite von wenigen Akteuren.

Fazit: Die gegenwärtige Situation zeigt, dass eine Mengenkoordination das zentrale Element einer fairen Preisbildung ist. Da die Koordination aber vorwiegend vertikal verläuft (via Direktlieferanten) nimmt einerseits die Verhandlungsmacht des Handels gegenüber ihren Lieferanten zu und andererseits die Koordination des Gesamtmarktes ab. Darunter leiden nicht nur die Milchproduzenten, sondern auch die Verarbeitungsbetriebe.

- **Bereich Produktionsmittelpreise:** Was für die Landwirtschaft zutrifft, dürfte für die verarbeitenden Betriebe mehr ins Gewicht fallen, d.h. Druck von beiden Seiten. Die Betriebe sind nicht nur auf der Absatz-, sondern verstärkt auch auf der Beschaffungsseite bei Investitionen und Ausrüstungsgütern (Verpackungen, Maschinen, Energie) ungleichen Lieferanten ausgesetzt, vielfach internationale Konzerne. Recherchen haben gezeigt, dass Fortschritte bei den Absatzpreisen oftmals von Preiserhöhungen bei den Produktionsmitteln zunichte gemacht werden.

Fazit: Wegen zunehmendem Marktungleichgewicht und der Dominanz von internationalen Konzerne kommen die Verarbeitungsbetriebe auch bei den Produktionsmittelpreisen immer mehr unter Druck.

Obwohl sich betroffene Betriebe an die Wettbewerbsbehörden wenden können, verzichten sie häufig aus Angst vor Auslistungen, Auftragsverlusten oder anderen wirtschaftlichen Nachteilen darauf. Viele Unternehmen sind lediglich zu anonymen Meldungen bereit, beispielsweise über die Meldestelle von Faire Märkte Schweiz (FMS). Die geringe Zahl formeller Anzeigen ist deshalb kein Beleg für funktionierenden Wettbewerb.

Umso stärker sind die Behörden gefordert, selbst eine belastbare Entscheidungsgrundlage zu schaffen. Das BLW muss seinen Marktbeobachtungsauftrag konsequent über die gesamte Wertschöpfungskette wahrnehmen und insbesondere Daten zu Preisen, Mengen, Marktanteilen, Margen und Wertschöpfungsanteilen auf den Verarbeitungs- und Handelsstufen erheben. Das SECO ist seinerseits gefordert, die wettbewerbspolitischen Rahmenbedingungen und allfälligen Schutzlücken zu prüfen. Ergeben sich konkrete Hinweise auf missbräuchliche Praktiken, sollen diese der WEKO übermittelt werden. Deren Sekretariat kann von Amtes wegen oder aufgrund einer Anzeige eine Vorabklärung eröffnen und prüfen, ob eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung vorliegt.

4. Regulatorische Missstände - Durchsetzung von Recht

Das Schweizer Kartellrecht erfasst auch den Missbrauch relativer Marktmacht. Es ist damit grundsätzlich geeignet, Abhängigkeiten in Lebensmittelwertschöpfungsketten zu erfassen, wenn Produzenten oder Verarbeitungsbetrieben ausreichende und zumutbare Ausweichmöglichkeiten fehlen.

Die Wettbewerbskommission (WEKO) ist gefordert, diese Bestimmungen konsequent anzuwenden. Hinweise auf den Missbrauch marktbeherrschender oder relativ marktmächtiger Stellungen müssen zeitnah und unter Berücksichtigung der tatsächlichen wirtschaftlichen Abhängigkeiten untersucht werden. Wo konkrete Anhaltspunkte bestehen, muss die WEKO ihre gesetzlichen Untersuchungsmöglichkeiten von Amtes wegen ausschöpfen.

Die Durchsetzung darf nicht allein davon abhängen, dass einzelne Unternehmen eine formelle Anzeige erstatten und die erforderlichen Beweismittel selbst beibringen. Viele Betriebe fürchten Auslistungen, Auftragsverluste oder andere wirtschaftliche Nachteile. Die geringe Zahl formeller Beschwerden ist deshalb kein Beleg für funktionierenden Wettbewerb, sondern kann Ausdruck der bestehenden Abhängigkeit und eines ausgeprägten «fear factor» sein.

Im Vergleich zur Europäischen Union bestehen weiterhin Schutzlücken. Die Schweiz kennt bislang weder eine sektorspezifische Liste klar verbotener Handelspraktiken für die Agrar- und Lebensmittelversorgungskette noch einen ausdrücklichen Schutz vor kommerziellen Vergeltungsmassnahmen. Es fehlt zudem an einer unabhängigen Fairness-Stelle für vertrauliche oder kollektive Meldungen.

FMS fordert deshalb neben der konsequenten Anwendung des Kartellrechts geschützte Meldewege, ein Verbot von Vergeltungsmassnahmen und die Prüfung sektorspezifischer Verbote unlauterer Handelspraktiken. Zudem braucht es proaktive Sektoruntersuchungen sowie eine konsequente Marktbeobachtung durch das Bundesamt für Landwirtschaft, insbesondere zu Preisen, Mengen, Margen und Wertschöpfungsanteilen.

5. Schlussfolgerungen

Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Nahrungsmittelindustrie wird heute wesentlich durch die Funktionsfähigkeit der Lebensmittelmärkte bestimmt. Wo einzelne Marktakteure aufgrund ihrer Stellung entlang der Wertschöpfungskette übermässige Verhandlungsmacht erlangen, geraten Produzenten und Verarbeitungsbetriebe zunehmend unter wirtschaftlichen Druck. Dies beeinträchtigt nicht nur einzelne

Unternehmen, sondern schwächt langfristig Innovation, Investitionen und die Versorgung mit Schweizer Lebensmitteln.

Faire Märkte Schweiz ist deshalb der Auffassung, dass die Diskussion in der Politik und den Branchen über die Zukunft der Schweizer Nahrungsmittelindustrie verstärkt auch die Wettbewerbsbedingungen entlang der Wertschöpfungsketten berücksichtigen sollte. Neben regulatorischen Fragen und Zollthemen braucht es wirksame Instrumente gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Abhängigkeiten, mehr Markttransparenz sowie eine konsequente Durchsetzung des Wettbewerbsrechts.

Nur wenn Wettbewerb tatsächlich funktioniert, können Schweizer Produzenten und Verarbeitungsbetriebe die wachsende Nachfrage nach Schweizer Lebensmitteln nachhaltig nutzen.